

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 M., vierteljährlich 4,50 M. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hankmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 33-42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: Altkarband Bochum.

### Die Opfer der Bergarbeit.

Millionen und Abermillionen durchsuchen jetzt die Verlustlisten von den Kriegsschauplätzen. Diesseits und jenseits der Grenzen hängen die Menschen um das Schicksal ihrer im Kriegselben stehenden Angehörigen. Ob Freund oder Feind, irgend einen Menschen haben doch alle in ihrer Heimat, der auf die glückliche Wiederkehr des Blutsverwandten oder Herzogsfreundes hoffen. Darum lesen jetzt die Millionen und Abermillionen mit gespannter Aufmerksamkeit die Verlustlisten, um so gespannter, je länger die Feldpost kein Lebenszeichen von dem Leuten gebracht hat.

Vor uns liegt eine andere Verlustliste: Der Bericht der im Jahre 1913 und früher innerhalb Deutschlands durch Betriebsunfälle verwundeten und sofort getöteten Bergarbeiter! Der Krieg ist ein grauenvolles Ereignis, er erschüttert die Menschenherzen bis ins Tiefste durch die Gewalttätigkeit der Vorgänge. Wir vernehmen trotzdem, daß nicht nur Landsknechtsgenossen, sondern auch feine empfindende Menschen im Schlachtfeld erstaunlich schnell der Abstumpfung gegenüber den fürchterlichen Kriegsschicksalen erliegen. Das mag in gewisser Hinsicht ein Vorteil sein, aber es ist und bleibt doch eine ungeheure sittliche Gefahr für die Menschheitskultur. Wie es auch eine viel zu sehr unterschätzte Gefahr für unsere Kultur ist, daß die Bergarbeiter sich zu sehr an die Betriebsverfahren „gewöhnen“ müssen und die Hebung eines Großindustriegebiets die täglichen Verlustmeldungen vom Schlachtfeld der Industrie — wenn es sich nicht gleich um eine Massenkatastrophe handelt — schließlich mit gleichem Gleichmut liest. Dieser Gleichmut birgt die Gefahr der Verrohung in sich und ist auch ein starkes Hemmnis sozialer Reformen.

Ueberlege man einmal ernstlich folgende Verlustliste: Allein in den letzten zwei Jahrzehnten (1894/1913) sind bei der Deutschen Knappschaftsberufsgenossenschaft

1 576 570 Unfälle

zur Anmeldung gekommen! Jährlich ereigneten sich durchschnittlich über 78 800 Unfälle! Viele tausende Verwundungen infolge Betriebsunfälle sind dabei nicht einmal zur Kenntnis der Knappschaftsberufsgenossenschaft gekommen. Die preussischen Knappschaftskassen allein zählten in vier Jahren (1909/1912) 488 489 neue Unfallranke unter ihren Mitgliedern, während in derselben Zeit „nur“ 457 316 Unfallverletzte bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft, die bekanntlich ganz Deutschland umfaßt, angemeldet wurden. Es kommen also tatsächlich alljährlich viele tausend Unfallverletzungen, obgleich sie eine zeitweilige Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, nicht zur Kenntnis der Knappschaftsberufsgenossenschaft.

Wir erfahren zu unserem Troste, daß die neueren Kriege verhältnismäßig viel weniger Menschenleben gekostet haben, wie die früheren. Dagegen muß leider eine enorme Vermehrung der Tötungen und Verwundungen im Bergwerksbetriebe beklagt werden. Auf je 1000 Bergwerksarbeiter (alle Betriebe, Gesamtbelegschaft) kamen zur Anmeldung

1886: 65,45, 1913: 145,53 Unfälle!

Weit mehr als eine Verdoppelung haben auch die schweren und tödlichen Unfälle (entschädigte) erfahren; es entfielen nämlich solche auf je 1000 Versicherte

1886: 6,60, 1913: 14,98

dabon sofort tödliche:

1886: 2,13, 1913: 2,31.

Die Höhe der Unfallziffern ist nicht gleich bei allen Bergbauarten; aber bei allen sind sie bedeutend gestiegen. Von je 1000 Versicherten erlitten (angemeldete) Betriebsunfälle im deutschen

	1887	1900	1913
Steinkohlenbergbau	87,3	121,93	162,73
Braunkohlenbergbau	38,6	71,68	116,38
Erzbergbau	43,7	48,39	88,58
Salzbergbau	53,4	63,95	81,70

Verhältnismäßig ist die Unfallziffer bei der Braunkohlenzengewinnung am stärksten angeschwollen, obgleich diese in der neuesten Zeit in bedeutend erweitertem Umfange in Tagesbauen vor sich geht, wo die natürlichen Betriebsgefahren weit geringer sind als im Untertagebau. Das schon läßt darauf schließen, daß durch geeignete Betriebs- und Lohnreformen sich die Unfallzahlen auch im Bergbau erheblich vermindern lassen.

Zur Abmilderung der zunehmenden totalen Unfallziffern wird von den Interessenten auf die vergleichsweise manchmal niedrigeren Zahlen der „entschädigten“ Unfälle verwiesen. Wer infolgedessen der Ansicht ist, die nicht entschädigten Unfälle seien alle nur ganz leichter Art, der befindet sich in einem schlimmen Irrtum. Jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse weiß, daß eine große Menge Unfallverletzte trotz Einbuße an ihrer Gesundheit keine Unfallrente erhalten. Wieviele Verletzte wissen ihr gesetzliches Recht in der vorhergesprochenen formellen Weise zu wahren? Wieviele haben eine sachkundige Vertretung vor den Schiedsgerichten? Der geringste Teil der Versicherten ist gewerkschaftlich organisiert, der größere Teil steht darum in Notfällen ohne den gewerkschaftlichen Rechtsschutz da. Tausenden Unfallverletzte gehen mangels sachkundiger Vertretung ihr Rentenanspruch verloren. 1913 erledigten die Knappschaftlichen Oberversicherungsämter 7151 Unfallrentensachen. In 5447 Fällen siegte die Berufsgenossenschaft, nur in 668 Fällen obfielen die Unfallverletzte! Vor dem Reichsversicherungsamt wurden 79,70 von 100 Streitfällen zugunsten der Berufsgenossenschaft, nur 14,58 von 100 zugunsten der Versicherten entschieden. Wer den Schiedsgerichtsverfahren nicht beiwohnt, weiß, daß viele ausichtslos Rentenansprüche nur infolge der Unkenntnis und Unbeholfenheit der Verletzten nicht durchgesetzt werden. Würden alle Versicherten im Bergarbeiterverband organisiert und damit bei uns rechtskundig vertreten sein, dann könnten unsere Arbeitersekretariate und Rechtschutzbeamten für einen

besseren Erfolg der klagenden Unfallverletzten sorgen. So aber, wie die Dinge heute liegen, stehen die allermeisten Unfallverletzten in Rentenprozessen ohne erfahrenen Beirat vor dem Schiedsgericht, während die Berufsgenossenschaft ihre Sache stets durch rechtskundige und geschäftsgewandte Vertreter führen läßt. Darum ist es absolut falsch, nur von der Höhe der „entschädigten“ Unfälle auf die Größe der Betriebsgefahren zu schließen.

Über auch wenn wir nur die „entschädigten Unfälle“ in Betracht ziehen, kommen schon zur tiefen Traurigkeit stimmende Verlustziffern zum Vorschein. Von 1885/86 bis inklusive 1913 kamen unter den in der Knappschaftsberufsgenossenschaft versicherten folgende Verluste zur „Entschädigung“:

- 35 599 sofort Getötete;
- 2 099 sehr schwer Verwundete;
- 59 696 minder schwer Verwundete;
- 114 082 leicht Verwundete.

Durch große Massenkatastrophen haben manche Schachtbelegschaften schon ebenso blutige Verluste erlitten, als mancher Truppenteil, der in mörderisches feindliches Feuer geriet. Alljährlich kamen leistungsfähige Bergwerksarbeiter zu Tode im Betrieb, 300 bis 400 wurden alljährlich ebendort verwundet! Von den meisten Opfern der Bergwerksarbeit erfährt die Öffentlichkeit nicht Name noch Ort, erst der summarische Jahresbericht der Berufsgenossenschaft läßt uns die Gesamtheit der schweren Verluste an Menschenleben und Arbeitskraft erkennen.

Wie außerordentlich hoch diese Verluste in den einzelnen Revieren angewachsen sind, zeigt folgende Tabelle. Von den Belegschaftsmitgliedern wurden durch Betriebsunfälle sofort getötet oder so schwer verwundet, daß ein erheblicher Teil der Arbeitskraft verloren ging:

in der Section	1885/86	1900	1913	1885/86 bis incl. 1913
Bochum	433	1076	2634	38 914
Bonn	082	3170	5928	94 062
Clausthal	50	178	325	4 853
Halle a. S.	184	616	1040	17 337
Waldburg i. Schl.	75	143	235	4 210
Deuthen D.-Schl.	336	1891	8024	40 268
Braunau	176	252	373	8 578
München	81	67	204	2 950
Zusammen	2267	8804	13 763	211 476
pro 1000 Versicherte	6,60	12,19	14,98	

Würden wir, wie z. B. Großbritannien, ein Drittel weniger Bergmannsunfälle zu beklagen gehabt haben, so befänden wir jetzt ein Mehr von Zehntausenden leistungsfähigen Bergarbeitern, auch ein Mehr an Volkskraft, das wir jetzt doppelt schmerzlich entbehren. Eine Verminderung der Unfallverletzte bedeutet auch eine entsprechende Ersparnis an Ausgaben der Berufsgenossenschaft, über deren zunehmende Belastung die Werksbesitzer andauernd klagen. Die Verbesserung des Arbeiter-schutzes liegt also sowohl im Interesse der Arbeiter, als auch der Werksbesitzer! Mit einer Erhöhung der Rentenzahlung, wodurch nur die Zahl der „entschädigten Unfälle“ herabgedrückt wird, ist aber das Problem nicht gelöst.

Manche Armeekorps im Kriegsfelde erleiden nicht so viele Verluste, wie namentlich die „Armeekorps der Pohlenbergwerker“ bei der Berufsarbeit. Sehr viele der nächstbeteiligten empfinden das nur nicht mehr, weil sie von den alljährlichen Verlustmeldungen vom Industriefeld abgestumpft sind. Wer aber diese langen Verlustlisten kennt und würdigt, der erträgt leichter die Meldungen von den Menschenopfern, die der um uns tobende Völkerkrieg fordert.

### Bergarbeiterlöhne in Preußen.

Nach der amtlichen Lohnstatistik, veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ (Nr. 215 vom 12. September 1914), sind die Bergarbeiterlöhne im preussischen Bergbau auch im 2. Vierteljahr 1914 weiter gestiegen. Es betrug:

	Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht			Vierteljahrslohn pro Arbeiter		
	1913	1914	1914	1913	1914	1914
Muhrgebiet	5,42	5,25	5,22	463	402	402
Oberschlesien	3,68	3,67	3,65	303	280	267
Niederschlesien	3,45	3,49	3,49	287	375	266
Saargebiet	4,44	4,43	4,42	355	330	325
Kagener Revier	4,97	4,88	4,80	415	380	365
Niederh. Steinkohlenbergb.	5,69	5,52	5,49	462	405	412
Haller Braunkohlenbergbau	3,80	3,72	3,74	307	289	284
Linksh. Braunkohlenbergb.	4,30	4,25	4,25	347	329	328
Haller Salzbergbau	4,23	4,22	4,20	346	336	320
Clausthaler Salzbergbau	4,41	4,41	4,39	361	349	330
Ransfelder Erzbergbau	3,70	3,74	3,66	304	298	281
Oberharzer Erzbergbau	3,61	3,69	3,55	284	271	263
Siegener Erzbergbau	4,49	4,45	4,40	351	347	330
Hassau-Wesph. Erzbergbau	3,54	3,53	3,52	281	275	260
Reichsrhein. Erzbergbau	3,88	3,96	3,97	305	308	289
Linksrhein. Erzbergbau	3,27	3,28	3,34	261	249	247

Der Vierteljahrslohn ist also in allen Revieren stark gestiegen, desgleichen der Durchschnittslohn pro Schicht mit Ausnahme von Niederschlesien und des rechts- und linksrheinischen Erzbergbaues. Der starke Lohnrückgang tritt noch besser in Erscheinung in folgender Gegenüberstellung, wonach im preussischen Bergbau betrug:

	Gesamtbelegschaft	Gesamtlöhnsomme	Vierteljahrslohn pro Arbeiter
3. Viertel 1913	728 766	288 270 530 M.	398 M.
4. Viertel 1913	754 511	279 390 805 M.	370 M.
1. Viertel 1914	772 609	275 825 088 M.	357 M.
2. Viertel 1914	767 177	269 826 362 M.	352 M.

Während also die Zahl der Gesamtbelegschaft stieg von 728 766 im 3. Viertel 1913 auf 767 177 im 2. Viertel 1914 oder um 43 411, sank die Gesamtlöhnsomme in der gleichen Zeit von 288 270 530 M. auf 269 826 362 M. oder um 18 453 168 M. Der Vierteljahrslohn pro Arbeiter sank um 46 M. = 11,8 Prozent. Wären Durchschnittslohn und Schichtenzahl nur auf der Höhe geblieben, die sie im 3. Viertel 1913 erreicht hatten, dann müßte entsprechend der höheren Belegschaft die Gesamtlöhnsomme betragen:

- 4. Viertel 1913: 800 516 040 M. statt 279 390 805 M.
- 1. Viertel 1914: 807 498 382 M. statt 275 825 088 M.
- 2. Viertel 1914: 805 886 446 M. statt 269 826 362 M.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlöhnerverlust im preussischen Bergbau betrug mithin:

- 4. Viertel 1913: 21 125 735 M.
- 1. Viertel 1914: 81 670 294 M.
- 2. Viertel 1914: 85 510 084 M.

Summa: 88 306 113 M.

Dabon entfallen allein auf den Ruhrbergbau:

- 4. Viertel 1913: 15 258 621 M.
- 1. Viertel 1914: 24 710 915 M.
- 2. Viertel 1914: 24 686 195 M.

Summa: 64 655 731 M.

Der durch die Lohnrückgänge und die geringere Schichtenzahl entstandene Gesamtlöhnerverlust betrug danach in drei Vierteljahren im preussischen Bergbau 88 306 113 M.; dabon entfallen allein auf den Ruhrbergbau 64 655 731 M. Dort also, wo die Werksbesitzer die größten Gewinne erzielt haben, sind die Lohnrückgänge und Löhnerverluste weitaus am stärksten. Das ist bezeichnend!

### Schädigung der Arbeiterinteressen.

So betitelt sich ein Artikel in Nr. 187 der „Industrie“ vom 12. September 1914, worin die zeitweilige Aufhebung des § 13 des Kaligesezes gefordert wird, weil er die Lösung der Arbeitslosenfrage hindere und so das Arbeiterinteresse schädige. Darin wird u. a. gesagt, in ganz klassischer Weise trete „jetzt anlässlich der Kriegswirren der Fall ein, daß Wohlthat zur Plage wird und eine Maßregel, die vom grünen Tisch der sozialpolitischen Gesetzgebung zur materiellen und wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter erdacht worden ist, in der rauhen Praxis plötzlich zum größten Gemischnis für die Beschäftigung von Arbeitern wird.“ Das treffe nur den Kaliberbau, der „in fast all seinen Wirtschaftsbedingungen gesetzlich reglementiert worden“ sei, und wo „ein Werk in seiner ganzen Rentabilität und Leistungsfähigkeit von Staatswegen bestraft werden kann, wenn die Durchschnittslöhne unter ein bestimmtes Maß herabgehen.“ Es sei ganz klar, „daß kein einziges Werk zu seinem Vergnügen oder aus übel angebrachter Sparsamkeit zu einer Reduktion der Löhne schreitet, sondern lediglich unter dem Zwange einer Konjunktur oder unter dem Druck sonstiger wirtschaftlicher, politischer oder materieller Verhältnisse.“ Die allermeisten Kaliberwerke hätten „jetzt unter dem unerträglichen Zwang der Verhältnisse ihren Betrieb eingestellt.“ Die Arbeiter aber wollten beschäftigt sein und wendeten sich mit der Bitte um Einstellung an die Kaliberwerke. Diese könnten aber, lediglich um den Arbeitern Verdienst zu geben, den Betrieb teilweise aufnehmen, und sehr häufig erklärten die Arbeiter selbst, „sie möchten gern arbeiten, selbst um geringen Lohn, wenn sie nur etwas verdienen könnten.“ Aber da komme „der § 13 des Kaligesezes, der diese Hilfe verhindert und die Kaliberwerke, die für die Arbeiter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessene Beschäftigung schaffen möchten, einfach lahmlegt.“ Das Problem der Arbeitslosen sei so bedeutungsvoll, daß es ihm gegenüber keine gesetzlichen Hindernisse geben könne. Es stünde daher nichts im Wege, „daß der Bundesrat den § 13 des Kaligesezes zeitweilig aufhebe, etwa, um hinreichende Garantien zu geben, bis zu einem Jahr nach Beendigung des Krieges.“

Einer auch nur zeitweiligen Aufhebung des § 13 des Kaligesezes steht unseres Erachtens recht viel im Wege. Bei Beginn des Krieges bestanden in Deutschland etwa 13 000 Tarifverträge für fast zwei Millionen Arbeiter. Mit derselben Begründung könnte man auch die Tarifverträge aufheben, weil sie dieselbe Wirkung haben, wie der § 13 des Kaligesezes, welcher befragt:

„Sinkt auf einem Kaliberwerk der innerhalb einer Arbeiterklasse im Jahresdurchschnitt für eine regelmäßige Arbeitsschicht gezahlte Lohn unter den für diese Klasse im Durchschnitt der Kalenderjahre 1907 bis 1909 gezahlten Lohn, so tritt für das folgende Jahr eine Kürzung der Beteiligungsziffer des Wertes im gleichen Verhältnis ein, in dem der Lohn der von der Lohnverminderung am stärksten betroffenen Arbeiterklasse gestunken ist.“

Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, daß der Lohn unter den Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 heruntergeht. Wie notwendig das ist, zeigt schon folgende Gegenüberstellung, wonach der prozentuale Lohnanteil pro Arbeiter am Wert der Arbeitsleistung betrug im deutschen

	Steinkohlenbergbau	Braunkohlenbergbau	Salzbergbau	Erzbergbau
1907	58,58	50,17	39,20	50,60
1908	57,40	50,61	39,86	55,96
1909	55,55	49,99	39,40	55,90
1910	56,47	49,35	32,82	55,12
1911	57,28	48,52	31,56	54,15
1912	52,03	40,66	28,01	48,69

Der prozentuale Lohnanteil am Wert der Arbeitsleistung ist danach im ganzen deutschen Bergbau gegen 1907 erheblich zurückgegangen, am stärksten aber im Kaliberbergbau, wo seit 1910 das Kaligesez mit dem angeblich die Interessen der Arbeiter schützenden § 13 besteht. Trotzdem ist der Lohnanteil seitdem noch weiter gestunken. Gätte das Gesetz aber nicht bestanden, wäre der Rückgang sicher noch stärker gewesen. Eine auch nur zeitweise Aufhebung des § 13 würde u. G. daher ein noch stärkeres Zurückgehen des Lohnanteils zur Folge haben, ohne daß der gewünschte Zweck, Verminderung der Arbeitslosigkeit, erreicht würde. Die Kaligrubenbesitzer würden doch kaum mehr



Leute beschäftigen, wie sie brauchen. Das bedeutet ihr bisheriges Verhalten den Arbeitern gegenüber.

Die Tarifverträge haben dieselbe Wirkung, wie der § 13 des Reichsgesetzes. In ihrem Gültigkeitsbereich ist die Arbeitslosigkeit noch größer, wie in der Metallindustrie. Und doch sind die Unternehmerverbände für Einhaltung derselben eingetreten.

Hier fordern also Unternehmerverbände strikte Einhaltung der Tarifverträge, obwohl danach meist höhere Löhne gezahlt werden, wie in der Metallindustrie. In der Metallindustrie betragen die Durchschnittslöhne pro Schicht in den Jahren 1907 bis 1909:

	1907	1908	1909
Oberbergamtsbezirk Halle	3,05 Mk.	3,03 Mk.	3,30 Mk.
Oberbergamtsbezirk Clausthal	4,09 Mk.	4,00 Mk.	4,08 Mk.

In der „Rheinischen Zeitung“ (Nr. 101) vom 11. September) wendet sich ein Vorgesetzter einer westdeutschen Stadt gegen Metallarbeiter, die nur ausgeführt werden, um die Arbeitslosen von der Straße zu bringen, und schreibt: „Man kennt sie, die „Metallarbeiter“, diese Verlegenheitszeugnisse bei vorübergehender Arbeitslosigkeit: unwillig gegeben, unwillig genommen und denkbar niedrig entlohnt. Damit ist hier nicht geholfen. Wirkliche Arbeit muß gegeben und angemessener Lohn muß gezahlt werden, damit jeder seine Beschäftigung ernst nimmt und sich, wenn auch bescheidener als bisher, doch mit Sicherheit und Vertrauen durchschlagen kann.“

Ganz unsere Meinung: angemessener Lohn muß gezahlt werden, damit jeder seine Beschäftigung ernst nimmt und sich mit Sicherheit und Vertrauen durchschlagen kann. Durchschnittslöhne von 3,80 Mk. bis 4,00 Mk., die nach § 13 des Reichsgesetzes in der Metallindustrie mindestens gezahlt werden müssen, halten wir bei den heutigen Verhältnissen nicht einmal für angemessen. Nach der „Industrie“ hindern diese „hohen Durchschnittslöhne“ aber die Lösung der Arbeitslosenfrage in der Metallindustrie, schädigen darum das Arbeiterinteresse.

Den Metallwerkstoffbesitzern war der § 13 des Reichsgesetzes immer ein Dorn im Auge und immer wieder wurde versucht, ihn zu umgehen. Wir wundern uns darum auch nicht, daß jetzt seine Aufhebung gefordert wird. Auch die Ausfälle der „Industrie“ gegen die Gesetzgeber überraschen uns nicht. Das alles ist uns aus alter Erfahrung bekannt. Ob aber in dieser Weise versucht werden könnte, die jetzige Kriegsnot dem Unternehmerinteresse dienlich zu machen unter dem Schein der Arbeiterfreundlichkeit, das hätten wir doch nicht erwartet.

Es mag sein, daß Arbeiter erklärt haben, sie würden gern zu geringerem Lohn arbeiten, wenn sie nur etwas verdienen könnten. Die Arbeitslosen befinden sich in einer Notlage und können nicht anders. Deshalb bleibt es doch ein Unrecht, diese Notlage in der Weise auszunutzen, wie es die „Industrie“ beschließt. Die mihlische Lage in der Metallindustrie ist hauptsächlich verschuldet durch die Ueberproduktion der Metallinteressen. Diese sollten darum auch die Folgen tragen und die Arbeiter nach Möglichkeit schadlos halten.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Kriegsunterstützung im Staate Hamburg.

Die Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern ist in Hamburg durch Senats- und Bürgerchaftsbeschluß in einer Weise geregelt worden, von der man nur wünschen kann, daß sie im ganzen Reich durchgeführt werden möchte. Den Anstoß gab ein sozialdemokratischer Antrag in der Bürgerchaft, bei dessen Begründung der sozialdemokratische Abgeordnete Stolten unter allgemeiner Zustimmung erklärte, daß der Staat unter allen Umständen den im Felde stehenden Kämpfern die Ehrenpflicht schulde, dafür zu sorgen, daß ihre Angehörigen während des Krieges nicht zu hungern brauchen. Da die Reichsunterstützung für großstädtische Verhältnisse nicht entfernt ausreichte, müsse von den Einzelstaaten und Kommunen das übrige getan werden. In Anerkennung dieser Grundsätze ist nun folgendes beschlossen und als Gesetz verkündet worden:

#### Quartier in Feindesland.

Auch in Feindesland kann man behaglich leben. Ich kamte im Anfang der 90er Jahre in Dresden einen pensionierten Magistratsbeamten. Den traf ich einmal auf einem Ausfluge nach Moritzburg, dem in der Nähe Dresdens befindlichen Schlosse Augustus des Starcken. Als wir nun — eine größere Anzahl Personen — uns die Gemächer dieses nur selten bewohnten königlichen Schloßes ansahen und der eine und der andere Anstöße der Bemerkung ausließ, da meinte jener einfache Magistratsbeamte: „Ja, das ist gar nichts; mein Schloß, in dem ich einmal sechs Wochen lang gewohnt, war weit prächtiger.“ Alle Hörer lachten und mancher glaubte wohl, der gute Mann sei übergeschnappt. Aber nein, er bestätigte seine für Etwas gehaltenen Mitteilung: 1870 war es gewesen, als er in Frankreich in solchem Schlosse einquartiert war. Es war zwar nur ein prächtiges, aber doch viel prächtigeres Schloß noch gewesen als jenes königliche in Sachsen, und er, der Erzähler, bewohnte es nur als Würdige eines Offiziers, der mit einigen anderen Offizieren und deren Wurzeln dort einquartiert war. Über die Herren Wurzeln hatten dort ebenso prächtige Gemächer zur Verfügung wie ihre Herren Offiziere, und sie brauchten nicht einmal diese sonderlich zu bedienen, denn die prächtigen Wurzeln des Schloßes hatten ihre gesamte Dienerschaft, Köche, Stallburgen und weibliche Diensthöfen zurückgelassen, die die deutschen Gäste mit den unerschöpflichen Vorräten von Küche und Keller regalierten.

Natürlich zieht nicht jedermann solch Glückslos, aber selbst beträchtlich bescheidene Quartiere sind oft noch recht hübsch. Daß sie in Ställen, Scheunen, Eisenbahnwaggons, ja oft genug auf freiem Felde lagern müssen, das bringt der Krieg natürlich mit sich. Wo aber Quartier gemacht wird, da suchen die Kruppenquartiermeister selbstverständlich ihre Mannschaften so gut wie möglich unterzubringen, und in Quartieren bei Belagerungen, wo man sich auf längere Zeit einzurichten muß, kann man es sich oftmals recht behaglich machen.

Ein reizendes Bild zum Beispiel schildert Ludwig Pfieff in seinen Kriegsbildern „Von Berlin bis Paris“. Er hatte in St. Germain einen Quartierort erhalten: „Witwe Marcelot“. Und er fand ein kleines Häuschen mit Gärten, das von seinem Besizer langjährig verlassen war. Die Tür war vom Furiere längst herausgenommen, was sie vermochte; die große Bettstelle war des Himmels und familiärer Bettstüde beraubt. „Wäre die Möbel“, so erzählt Pfieff, stehen noch, als ob es gegenwärtig wäre; jede Base, jedes der hundert Stühlen, Korbchen und Schachteln an seiner Stelle auf dem Kamminfen, Kommode, Tischchen; jedes Bild an seinem Wandplatz, den es sicher dort seit 50 Jahren einnahm. Darunter merkwürdige Dinge, z. B. eingetragene Bleistiftzeichnungen von Hörschers Hand, Zigarren junger Schachreime von entzückender, hysterischer Grazie.“ Und Pfieff schildert all die Herlichkeiten dieses Heimes einer alten hübschmigen Dame und erzählt dann: „Druppen in der kleinen Küche ein Wandspiegel — und fast für fast besteht mit Eingemachtem von jeder Fruchtorte in fest angeordneten Flaschen, Steingut- und Porzellanbüchsen und Köpfen mit ziemlich darauf geschriebener Inhaltsangabe. Aber die Neugier meiner häuerlichen Gäste war damit noch nicht befriedigt. Sie entdeckten in der Rückenwand eine Tür zur Keller-

Den nach dem Reichsgesetz vom 28. Februar 1888 unterstützungsberechtigten Angehörigen der Kriegsteilnehmer, soweit sie bedürftig sind, werden in Zukunft Unterstützungen nach folgenden Sätzen gewährt, unbeschadet des Rechts, über diese Sätze hinauszugehen, falls die Verhältnisse dies erfordern:

1. für alleinstehende Männer monatlich 40 Mark;
2. für alleinstehende Frauen monatlich 35 Mark;
3. für Kinder, die sich nicht in der Pflege eines unterstützungsberechtigten Angehörigen des Kriegsteilnehmers befinden, monatlich 15 Mark;
4. für ein kinderloses Ehepaar monatlich 55 Mark;
5. für eine Frau mit einem Kind monatlich 50 Mark;
6. für eine Frau mit zwei Kindern monatlich 62 Mark;
7. für eine Frau mit drei Kindern monatlich 72 Mark;
8. für eine Frau mit vier Kindern monatlich 80 Mark;
9. für eine Frau mit fünf Kindern monatlich 87 Mark;
10. für eine Frau mit sechs Kindern monatlich 93 Mark;
11. für jedes weitere Kind monatlich 6 Mark.

Unterstützungsberechtigte Erwachsene in der Familie werden wie Kinder gezählt.

#### Preisaufschläge von 36 bis 100 Prozent.

Die „Deutsche Industrie“, die Zeitung für die Förderung der Industrie in den östlichen Provinzen, stellt in Nr. 17 in einem Artikel, der sich gegen die Kriegspreise richtet, folgendes fest:

Für unser Wirtschaftsleben außerordentlich wichtige Lieferungsverbände und große Unternehmungen haben unter plötzlicher Aufhebung aller früheren Abkommen beim Kriegsausbruch unverzüglich Preisaufschläge von 80 bis 100 Prozent vorgenommen, denen eine sachliche Begründung nicht zugesprochen werden kann. Solche Erhöhungen in ganz unvorstellbarem Maße sind insbesondere auch in Fällen vorgekommen, wo die betreffenden Lieferungen Staats- (Kriegs-) Lieferungen darstellten.

Warum werden diese „Patrioten“, die mit dem Kriege 100prozentige Gewinne machen, nicht mit vollem Namen an den Pranger gestellt?

#### Lebensmittelversorgung ist keine Geschäftssache.

Ueber die Bedeutung der Lebensmittelversorgung als eine nationale Angelegenheit schreibt das „Korrespondenzblatt“ (Nr. 87) der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands zutreffend: „Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung liegen die Dinge für Deutschland um so enger, als wir in hohem Maße auf die Einfuhr von Nahrungs- und gewerblichen Rohstoffen angewiesen waren und diese zu einem großen Teil durch die feindliche Behinderung unseres Handels sowie des Handels mit uns lahmgelegt worden ist. So sind wir auf die allerbesten noch recht zahlreichen Vorräte angewiesen, die um so länger ausreichen dürften, als auch die Ausfuhr behindert und die Verwertung infolge Produktionsbeschränkungen erschwert ist. Braucht man danach auch nicht gleich mit größter Sorge in die Zukunft zu blicken, so erwacht uns um so mehr die Pflicht, mit diesen schwer ererbten Gütern hausälterlich umzugehen, ihrer Verschleppung ins Ausland, ihrer unnützen Vergeudung ebenso wie ihrer Verprobantierung oder aus spekulativen Absichten, um später höhere Preise zu erzielen, entgegenzutreten. Nicht minder muß für rechtzeitigen Ersatz durch Einfuhr über neutrale Länder oder durch Erzeugung von Ersatzmitteln gesorgt werden. Die Ausnutzung jedes zu Anbau geeigneten Bodens, auch des unbenutzt brachliegenden Baugeländes, die Ueberführung von Oeländereien, Heide- und Moorflächen in anbaufähiges Land, die rechtzeitige Fürsorge für die nächstjährige Ernte ist deshalb nicht minder wichtig, wie die Eindringung und ökonomische Verwertung der diesjährigen Frucht. Alle Lebensmittelfragen sind somit als nationale Fragen zu behandeln. Lebensmittelindustrien sind gemeinnützige Betriebe, die unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen. Das gilt nicht bloß von den Nahrungsmittelgewerben im engeren Sinne, wie Getreidehandel und -Zurichtung, Mähen, Wägereibetriebe, Obsterzeugung, Zuckerraffinerie, Fleisch-, Fisch- und Gemüsekonzerven, Fleisch- und Fleischwarenindustrie usw.; sondern auch von der Verorgung mit Kohlen, Düngemitteln und tierischen Arbeitskräften, Beschäftigten. Solche Industrien und Gewerbe müssen im Interesse der Volkswirtschaft weiter betrieben werden, sei es durch Erleichterungen für die in Schwierigkeiten geratenen Gewerbetreibenden oder sei es im Wege der Übernahme in öffentliche Regie. Es zeugt von geringem Gemeinsinn, daß ein großer Teil der Besitzer der Kaiserbergwerke, nachdem sie vorher solche Werke weit über den Bedarf hinaus, lediglich aus Spekulationsabsichten, gegründet hatten, schon in den ersten Tagen des Krieges ihre Werke stillsetzten und die gesamten Vorkommen entließen, anstatt ruhig auf Vorrat arbeiten zu lassen und für gesteigerten Absatz im Inlande und im befreundeten Auslande zu sorgen. Gerade unsere Dinge sind geeignet, den Lebensmittelbedarf des heimischen Bodens gewaltig zu erhöhen und besonders bisher ertragsloses Land rasch ertragsfähig zu machen. Der mögliche Vollbetrieb der Düngelandsindustrie liegt also geradezu im Interesse der ganzen Nation. Man gebe diese Düngemittel nur recht billig ab und verzichte auf die hohen Prämien für Propaganda, dann wird es an Absatz nicht mangeln.“

#### Behörden gegen hartberaige Hausbesitzer.

In Königsberg hat der Gouverneur das Mietentorium für kleine Wohnungen aufgehoben. Das gab zahlreichen Hausbesitzern Veranlassung, gegen die Familien der Kriegsteilnehmer rüchthel vorzugehen, so daß sich dagegen die Behörden öffentlich wendeten. Von amtlicher Seite wurde das Verhalten der Hausbesitzer wie folgt gekennzeichnet:

„Die in den letzten Tagen in weitem Umfange erfolgte Mahnung der Hausbesitzer um Zahlung der rückständigen Miete bei gleichzeitiger Drohung, die Mieter aus den Wohnungen herauszuwerfen, oder Drohung mit Pfändung der Möbel und Absperren des Wassers trifft zweifellos die Frauen und Kinder der Kriegsteilnehmer auf das härteste. In der Sorge um das Leben des Ernährers, zu der Sorge um Beschaffung der Lebensmittel kommt dann noch die Sorge um die Wohnung, die die Betroffenen nur kopfs macht und oft der Verzweiflung nahe bringt. Denjenigen Hausbesitzern, die vor solchen Gärten nicht zurückgeschreckt sind, sollte doch bekannt sein, daß sie nicht berechtigt sind Zwangsmaßnahmen gegen die Frauen der Kriegsteilnehmer ohne weitere vorgzunehmen. Sie dürfen die Familien weder ohne weiteres beaussehen, noch ihnen ihre Möbel einbehalten. Einer Klage auf Zerstörung dürften die Richter auf Grund des Notgesetzes vom 4. August d. V. vorläufig doch wohl nicht stattgeben. Und eine Grausamkeit ist es, wenn man die Hausbesitzer, wie glaubhaft berichtet wird, durch Drohung und peinigende Maßnahmen gegen die Frauen der Kriegsteilnehmer versucht, ihre bisher ganz oder zum Teil unbefristet geliebten Mieten einzubekommen.“

#### Reform der Berginspektion.

##### Unfälle im niederschlesischen Bergbau.

Die Zahl der Belegschaft im niederschlesischen Bergbau stieg von 25 292 in 1904 auf 27 918 in 1912 oder um 2888 gleich 10,4 Prozent. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Unfälle von 4387 auf 5844 oder um 1007 gleich 22,9 Prozent. Prozentual ist die Zahl der Unfälle also mehr als doppelt so stark gestiegen, wie die Belegschaftszahl. Nach der amtlichen Statistik wurden die Unfälle veranlaßt:

	1905	1912
durch Schuld der Verletzten selbst	28,59 Proz.	14,47 Proz.
durch Schuld der Mitarbeiter	7,88 "	2,98 "
durch Gefährlichkeit des Betriebes	60,11 "	82,55 "

Die durch die Schuld der Verletzten oder der Mitarbeiter verursachten Unfälle sind danach von 20,89 auf 17,45 oder um 13,44 Prozent gesunken, die durch die Gefährlichkeit des Betriebes entstandenen Unfälle aber sind von 69,11 auf 82,55 oder um 18,44 Prozent gestiegen. Diese Zahlen lassen darauf schließen, daß auch die Verhältnisse für die Arbeiter entsprechend ungünstiger geworden sind.

Nun wurden im September 1910 bekanntlich die sogenannten Sicherheitsmänner eingeführt. Seitdem ist aber die Zahl der Unfälle noch stärker gestiegen. Während die Zahl der Belegschaft von 27 979 in 1910 auf 27 918 in 1912 oder um 61 gleich 0,2 Prozent sank, stieg die Zahl der Unfälle in der gleichen Zeit von 5000 auf 5844 oder um 844 gleich 8,9 Prozent. Die Sicherheitsmänner haben also bei steigenden Unfallzahlen keinen Einfluß tun können. Das liegt nicht an ihrer Unfähigkeit, sondern lediglich an ihrer Machtlosigkeit und Abhängigkeit von den Grubenbesitzern. Die Sicherheitsmänner müssen darum unabhängig gemacht und mit größeren Rechten ausgestattet werden. Nur dadurch, und durch eine zeitgemäße Reform des Arbeitsvertrages, lassen sich die erschreckenden Unfallzahlen vermindern.

#### Nachrichten aus der Montanindustrie.

##### „Kohlen knapp und teuer“?

Verschiedene Bergwerksdirektoren in der Bergwerks- und Güterindustrie, so das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat, der Rheinischen Eisenbahn, auch das Stahlwerkstarke, haben die Preise erhöht oder lassen Preis erhöhungen ankündigen. Das Kohlen Syndikat verlangt für das Quantum Hausbrandkohlen, welches mehr, als in den laufenden Lieferungsverträgen vorgesehen ist, gefordert wird, einen Preisaufschlag von 3 Mark pro Tonne nach einem süddeutschen Bericht der „Köln. Volksztg.“ vom 1. September fordert das „Kohlenkontor“ (Verkaufsstelle des Rhein. Westf. Kohlen Syndikats) für seine Umschlüsse nun einen Aufschlag von 10 Mark pro 200 Zentner, für neue Käufe aber gar 20 Mark mehr. Die außerhalb des Syndikats stehenden Großhändler fordern mindestens um 20 Mark mehr.“

Wir haben es hier mit Großhandelspraktiken zu tun, die dem Wolfe seine nötigsten Bedarfsartikel bereuern und, wie auch die verschiedenen behördlichen Erklärungen zugeben, die Kriegsnöte noch verschlimmern. Zugegeben, daß die Selbstkosten der Werke infolge der Betriebsstörungen durch die Mobilmachung großer Belegschaftsteile und der Steigerung des Güterverkehrs erhöht wurden. Aber das geht überall so und wir meinen, daß allgemein gerade die Grubenbesitzer infolge der außerordentlich hohen Gewinne in den letzten Jahren mit am besten in der Lage sind, eine Preisklage ohne Betriebsgewinn auszukommen. Zudem sind die Selbstkosten schon durch die seit vielen Monaten meist fallenden Löhne schon gesunken, während die

gosen sind. „O, ihr seid verloren! Ihr und alle anderen, die armen Jungen! Ihr kennt Frankreich nicht und Paris und unser unbesiegbares Meer. Ihr seid alle verloren, alle!“ So rief gerührt eine Französin der Einquartierung nach.

Ganz besonders erfreute es die Leute, wenn die „Kinderfressenden Barbaren“ sich freundlich gegen die Kinder erwiesen. Feilig Dahn, der als Samariter in den Krieg gezogen war, erzählt: „Zumal daß ich, wie mich das Herz trieb, mit den netten Kindern eifrig spielte, gefiel den guten Leuten; sie hätten mich krant gefüttert, wehrte ich nicht ab, die Frau schleppte ihr eigenes Stoffpflaster auf mein ohnehin treffliches Weid.“ Und später heißt es dann in seinem Bericht: „Als ich die Treppe hinabstieg, war alles still und leer; die Hausleute waren in der nahen Kirche, die einquartierten Soldaten abmarschiert. Da drang aus der offenen Tür eines Gemaches im Erdgeschoß die Stimme eines Kindes: es klang so eigen, so feierlich; ich trat leise, unbemerkt näher. In seinem Bettchen ruhte das Kind der Hausleute, ein hübscher Knabe von etwa 5 Jahren, auf sein Gemächchen riefelte das blonde Haar; andächtig hob er die gefalteten Händchen zu dem Muttergottesbilde an der Wand empor und, nachdem er das Vater- und beendete, sagte er bei: „Und du, heilige Jungfrau, rette das arme Frankreich! Bitte deinen Sohn für die armen Franzosen!“ Auf das tiefste erschüttert durch diese offenbar in den letzten Wochen dem Kleinen aufzulegenden Worte, durch die reine, süßliche Stimme des Kindes schritt ich näher; die Tränen traten mir in die Augen, ich küßte den Knaben auf die schöne Stirn; er sah mich erstaunt, aber lächelnd an und schlang beide Arme um meinen Hals; so fand uns die Mutter; sie brach in lautes Schluchzen aus, ich aber ging, um nicht auch zu erwischen.“

Ja, auch in Feindesland gibt es gute Menschen. Sie fühlen trotz des Hasses auch menschlich. Richard Vogt, der als blutjunger, schwächlicher Mensch 1870 mit in den Krieg gezogen war, um Samariterdienste zu tun, erzählte gelegentlich, wie er einst in einem Quartier zusammen mußte, wie die Großen und Starren sich heranzubringen bei der Verteilung von Probiant, während er zu schwach zu entzückt war, um sich da mitdrängen zu können. So, ohne Öffnung, von der Tafel der Reichen auch nur einen Restchen abzubekommen, sah er die Liebe ermahnt da. „Da wurde“, so erzählt er, „an meine Schulter gerührt, eine alte Bäuerin stand neben mir, die mir aufstuzte: „Komma, armer Kleiner!“ Sie ging durch den Hof zum Haus, wo sie vor einer verschlossenen Tür, mich erwartend, stehen blieb. Dann öffnete sie, zog mich hinein und riegelte hinter mich zu. Ich wurde in ein Zimmer geführt, wo sich die Wirtin des Gutes befand. Diese hatte mich vom Fenster aus beobachtet und durch meine große Jugend, mein blaues Aussehen sich rühren lassen. Die gute Frau fragte mich, ob meine Mutter noch lebte? Und erzählte mir, daß ihr einziger Sohn Soldat und nun in Deutschland gefangen sei. Dann gab sie mir zu essen: kräftige Fleischsuppe und ein köstliches Kaninchenragout! Während ich aß, sah sie mich gegenüber, blidte mich unerbarmlich an und sagte leise: „Er hat noch eine Mutter! Wenn seine Mutter das wüßte! Wie seine Mutter sich freuen würde!“

Und Richard Vogt fügte dieser Mitteilung die Worte hinzu: „Es war dies nicht die erste Gutmüt, die ich in Feindesland von Feindhänden empfing; und es sollte nicht die letzte sein!“







auf dem Spiele steht, dann müssen wir folgenden schönen Worten zustimmen...

Sobald bitten und beschreiben wir aus ganzer Seele jene, welche die Beside der Völker leiten...

Belegkassier im Ruhrrevier am 1. Januar 1914.

Nach dem Verwaltungsbericht des Allg. Knappschaftsvereins Bochum betrug die Zahl der Belegkassiermitglieder am 1. Januar 1914 444 687.

Öffentliche Warnung an Hausbesitzer.

Der Magistrat der Stadt Saltingen erläßt folgende zeitgemäße öffentliche Warnung:

Es sind Klagen seitens der Frauen einberufener Krieger darüber laut geworden, daß einzelne Hausbesitzer schon seit längerer Zeit...

Siegesjubel.

Auf dem Spielplatze tummeln sich die Mädchen. Kleine niedliche Dingerchen mit kurzen Bösen und bunten Schürzen...

In Deutschlands Proletariat.

Euch Männern der schweren Arbeit gebührt der erste Dank! Gott gab euch nichts als ein mutiges Herz und kraftvolle Arme...

Ein Proletarierherz.

Auf einem gefährlichen Patrouillenritt an der russischen Grenze wurde ein Mannesleutnant im Walde durch einen Schuß an der Hand verwundet.

Vom Staube der Arbeit.

Dr. Lubanow hat im Laboratorium des Sanatoriums Weelitz bei Berlin interessante Versuche über die Wirkung des Staubes angestellt...

Wieglang, Hanf, Tabak, Horn, S. Sandstein, Porzellan, Zement, Glas, Schauffestaus, Tonziefer, Strauwade, Walme, Getreidemüllenthaus...

Folgen der Ueberarbeit.

In der Zeitschrift 'Die Hygiene' behandelt Prof. Dr. Sommerfeld-Werlin die Folgen, die die Ueberanstrengung des Körpers mit sich bringt.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Verhältnisse im Wurmbergbau.

Im Wurmbergbau sind ebenfalls eine Anzahl Bergarbeiter arbeitslos geworden. Beim Ausbruch des Krieges hat die Besse Karl Friedrich den Betrieb fast ganz eingestellt.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schlepperstreik in Hermsdorf beigelegt.

Wie die 'Schlesische Bergwacht' vom 18. September berichtet, kam es auf den Hermsdorfer Gruben zu Differenzen, infolge dessen annähernd 400 Schlepper in den Streik traten.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schlepperstreik in Hermsdorf beigelegt.

Wie die 'Schlesische Bergwacht' vom 18. September berichtet, kam es auf den Hermsdorfer Gruben zu Differenzen...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schlepperstreik in Hermsdorf beigelegt.

Wie die 'Schlesische Bergwacht' vom 18. September berichtet, kam es auf den Hermsdorfer Gruben zu Differenzen...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schlepperstreik in Hermsdorf beigelegt.

Wie die 'Schlesische Bergwacht' vom 18. September berichtet, kam es auf den Hermsdorfer Gruben zu Differenzen...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schlepperstreik in Hermsdorf beigelegt.

Wie die 'Schlesische Bergwacht' vom 18. September berichtet, kam es auf den Hermsdorfer Gruben zu Differenzen...

glieder aller Klassen, die 18 bis 26 Wochenbeiträge entrichtet haben, erhalten die Unterstützungssätze der Klasse a...

In unsere Vertrauensleute!

Die in den Zahlstellen befindlichen Sammellisten sind nicht mit der Hauptkassette, sondern mit den in Frage kommenden Bezirksleitern abzurechnen.

Bibliotheken.

Marl. Den Mitgliefern zur Nachricht, daß vom 27. September ab jeden Sonntag von 10-12 Uhr vormittags bei dem Kameraden...

Rechtschutz betreffend.

Bezirk Senftenberg. Wir bitten zu beachten, daß in der gegenwärtigen Zeit die mündliche Rechtsprechung nur an einem Tage in der Woche erfolgen kann.

Adressenveränderungen.

Selbstischen V (West-Bismarck). Vertrauensmann Wilhelm Hilke wohnt jetzt Lützenstraße 50.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß bei Anträgen auf Sterbegeldauszahlungen die Adresse der Sterbegeldempfänger unvollständig angegeben sind.

Für den Unterstützungsfonds

Der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

- a) Aus Sparbüchern: Zahlstelle Annen I (Bez. Eichlinghofen) 488,82, Ebing II (Bez. Dortmund) 164,81, Märchen (Bezirk Senftenberg) 50,- etc.

Wachtung Knappschaftsälteste! Kommission Dortmund Sonntag, den 4. Oktober 1914, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Dortmund...

Verbandsnachrichten. Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 39. Woche (vom 20. bis 26. September 1914) fällig.